

Keine Gnade für die Bankrotteure

Mit Stockton erreicht die Pleitewelle der US-Kommunen die großen Städte. Auf einen Schuldenschnitt können sie nicht hoffen

Barbara Schäder, Frankfurt

Ein Jachthafen, eine moderne Konzerthalle direkt am Wasser, ein gepflegter Uni-Campus – das kalifornische Stockton präsentiert sich als aufstrebende Großstadt im Speckgürtel von San Francisco. Dennoch hat die Stadtverwaltung in der vergangenen Woche Bankrott angemeldet. Es war der 43. Insolvenzantrag einer US-Kommune seit Anfang der 80er-Jahre, Stockton ist aber mit 500.000 Einwohnern die bislang größte Stadt.

Die Gründe für die Finanznöte der Gemeinden und Kreise sind sehr unterschiedlich. Das Motiv ist aber immer dasselbe: Die Hoffnung auf mindestens vorübergehenden Gläubigerschutz, besser aber auf einen Schuldenschnitt. Stockton will vor Gericht durchsetzen, dass seine Anleihegläubiger auf einen Teil ihrer Ansprüche verzichten müssen.

Die Erfolgsaussichten sind mäßig: In den vergangenen 30 Jahren habe keine US-Kommune das Ziel erreicht, mit einem Insolvenzantrag einen Schuldenerlass durchzusetzen, sagte der Spezialist Jim Spiotto von der An-

waltskanzlei Chapman and Cutler der Nachrichtenagentur Bloomberg.

Erst in der vergangenen Woche wies ein Bundesgericht einen vergleichbaren Antrag der Verwaltung von Jefferson County in Alabama ab. Der Kreis müsse seine ausstehenden Anleihen voll bedienen, urteilten die Richter. Jefferson County sitzt auf einem Schuldenberg von 3 Mrd. Dollar und ist damit der bislang größte Pleitier unter den US-Kommunen. Eingebrockt wurde der Schuldenberg den Einwohnern vom Bürgermeister der größten Kreisstadt Birmingham, Larry Langford, und weiteren Lokalpolitikern: Sie schlossen 2002 zur Finanzierung einer neuen Kanalisation einen extrem ungünstigen Vertrag mit der Großbank JP Morgan ab. Wie sich später herausstellte, hatten sich Langford und seine Kollegen von zwei Bankern bestechen lassen. Der Bürgermeister wurde verurteilt, JP Morgan musste der Kreisverwaltung 50 Mio. Dollar zurückzahlen – ein Tropfen auf den heißen Stein.

Im Falle der Hauptstadt von Pennsylvania, Harrisburg, wurde gleich der gesamte Insolvenzantrag für ungültig erklärt. Die Regierung des Bun-



200 km
100 mi

Haste mal 'nen Dollar? **Stockton** ist mit seinen 300.000 Einwohnern die bisher größte Stadt in den USA, die sich für pleite erklärt hat. Und die 43. Kommune insgesamt.

desstaats setzte sich vor Gericht mit dem Antrag durch, die Gemeinde stattdessen unter Zwangsverwaltung zu stellen. Harrisburg hatte sich mit dem Bau einer Müllverbrennungsanlage Schulden von 300 Mio. Dollar aufgeladen.

Die Stadtverwaltung von Stockton kann in der am Freitag beginnenden Gerichtsverhandlung immerhin darauf verweisen, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben. Der Universitätsstadt schien noch vor zehn Jahren eine goldene Zukunft beschieden: Die Bevölkerung wuchs, die Hauspreise schnellten in die Höhe. Die Stadtväter reagierten mit einem kräftigen Ausbau der Infrastruktur. Die Verwaltung stellte zusätzliche Mitarbeiter ein.

Doch dann platzte die Immobilienblase. In der Wirtschaftskrise verloren zahlreiche Einwohner ihre Jobs, die Arbeitslosigkeit liegt heute bei 15 Prozent. Die Steuereinnahmen brachen ein. Die während des Booms beschlossenen Neueinstellungen im öffentlichen Dienst, „die mit großzügigen Gehaltssteigerungen einhergingen, wurden untragbar“, heißt es in der Begründung für den Insolvenzan-

trag. Allein die Verbindlichkeiten für Pensionszahlungen belaufen sich auf rund 270 Mio. Dollar. Stockton hat über seine Verhältnisse gelebt.

Aus ähnlichen Gründen rutschte bereits im Mai 2008 die nahe gelegene Gemeinde Vallejo in die Insolvenz. Ihr gelang es immerhin, der wichtigsten Gläubigerbank einen niedrigeren Zinssatz abzurufen. Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Nöte vieler Kommunen verschärft: Nach Einschätzung der Ratingagentur Moody's bewegen sich neben den genannten zwei Dutzend weitere Kommunen, Kreise und Schulverwaltungen am Rande der Zahlungsunfähigkeit.

Im Gegensatz zu Stockton hatten viele von ihnen allerdings schon vor der Rezession Probleme. Prominentestes Beispiel ist Detroit. Die Hauptstadt der amerikanischen Autoindustrie leidet seit Jahren unter Fabrik-schließungen, Bevölkerungsschwund und sinkenden Steuereinnahmen. Im Juni unterwarf die Regierung von Michigan die 700.000-Einwohner-Stadt der Kontrolle einer staatlichen Kommission. Auch in Detroit dürften Stocktons Verhandlungen mit großem Interesse verfolgt werden.

Verlierer ficht Wahl in Mexiko an

Der Kandidat der mexikanischen Linken, Andrés Manuel López Obrador, will das Ergebnis der Präsidentenwahlen anfechten. Vor der Presse sagte er am Montag, die Wahl, bei der er dem Kandidaten der Partei der Institutionalisierten Revolution, Enrique Peña Nieto, klar unterlag, sei „schmutzig, ungleich und voller Unregelmäßigkeiten“ gewesen. Nach Angaben der nationalen Wahlbehörde IFE kam Peña Nieto nach Auszählung von 97 Prozent der Wahllokale auf 38,08 Prozent der Stimmen. Er siegte damit klar vor López Obrador, der 31,7 Prozent erreichte. „Wir haben mit klarem Vorsprung gewonnen“, behauptete López Obrador dagegen. Der Kandidat eines Bündnisses aus drei links-orientierten Parteien – der Partei der Demokratischen Revolution, der Partei der Arbeit und der Bürgerbewegung – kündigte an, Klagen bei der Wahlbehörde einzureichen. Bereits vor sechs Jahren hatte der ehemalige Bürgermeister von Mexiko-Stadt seine knappe Niederlage gegen den gegenwärtigen Präsidenten Felipe Calderón wegen angeblichen Wahlbetrugs nicht anerkannt. Er ließ seinerzeit das Zentrum der Hauptstadt monatelang von seinen Anhängern blockieren. *DPA*

Anschläge auf Schiitenstädte im Irak

Terroristen haben bei Anschlägen in zwei vorwiegend von Schiiten bewohnten Städten des Irak ein Blutbad mit mehr als 30 Toten angerichtet. Im Stadtzentrum von Diwanija detonierte am Dienstag eine Autobombe, durch die nach Angaben der Polizei 25 Menschen starben. 70 Menschen seien bei der Explosion in der knapp 200 Kilometer südlich von Bagdad gelegenen Stadt verletzt worden. Mehrere Gebäude wurden beschädigt. In der Stadt Kerbela gelang es zwei Selbstmordattentätern trotz verschärfter Sicherheitsmaßnahmen, sich inmitten von schiitischen Pilgern in die Luft zu sprengen. Nach Informationen von Krankenhausärzten rissen die Terroristen sieben Menschen mit in den Tod. Seit Tagen strömen schiitische Muslime in das rund 100 Kilometer südlich von Bagdad gelegene Kerbela zu religiösen Feierlichkeiten. Nach Angaben der lokalen Verwaltung sind unter den Pilgern auch mehr als 3000 Schiiten aus dem Ausland. *DPA*

Georgischer Präsident entlässt Regierung

Wenige Monate vor der Parlamentswahl in der Südkaukasusrepublik Georgien hat Präsident Michail Saakaschwili die Regierung ausgewechselt. Neuer Ministerpräsident ist der Saakaschwili-Vertraute und langjährige Innenminister Iwane Merabischwili, 44. Regierungsgegner werfen dem Staatschef autoritäre Methoden vor. Er verwandle die Ex-Sowjetrepublik in einen Polizeistaat. Nach der für Ende September geplanten Wahl will Saakaschwili nach Ansicht von Politikern seinen Posten mit dem Premier tauschen. Das Amt des Regierungschefs hatte er zuvor aufwerten lassen. *DPA*

Russland untermauert Anspruch auf Kurilen

Mit einem Besuch der Südkurilen hat der Regierungschef Dmitri Medwedew im Territorialstreit mit Japan Russlands Anspruch auf die Inselgruppe im Pazifik untermauert. Die Kurilen seien ein wichtiger Bestandteil Russlands, sagte Medwedew am Dienstag nach Angaben der Agentur Itar-Tass. Gemeinsam mit mehreren Ministern wollte er Bauprojekte besichtigen, mit denen die Regierung die Wirtschaft auf der abgelegenen Inselgruppe ankurbeln will. Japan fordert seit Jahrzehnten die Rückgabe der „nördlichen Territorien“, wie die insgesamt vier Inseln dort genannt werden. Sie waren nach dem Zweiten Weltkrieg Russland zugeschlagen worden. *DPA*



Ukrainischer Kater nach dem Fußballfest

Die Führung in Kiew hat sich von der EM einen Schub für die heimische Wirtschaft erhofft – doch das Interesse der Investoren bleibt gering

Pauline Tillmann, Kiew, und Nina Avdeenko, Berlin

Die Erwartungen waren groß in der Ukraine. Die Fußballeromeisterschaft, so das Versprechen der Regierung in Kiew, werde Investitionen ins Land bringen, das Interesse im Ausland erhöhen und damit auch einen Boom auslösen.

Zumindest was deutsche Unternehmen angeht, lässt sich diese Behauptung allerdings kaum aufrecht erhalten. „Die Hoffnung, dass die EM mehr Investoren anlocken würde, hat sich nicht erfüllt“, sagt Unternehmensberater Sven Henniger, dessen Firma Ukraine Consulting seit sechs Jahren im Land ist. Henniger glaubt, dass die allgegenwärtige Korruption und mangelnde Rechtssicherheit nach wie vor abschreckend wirken – EM hin oder her. Etwa 1000 deutsche Unternehmen sind in der Ukraine registriert, eine Zahl, an der sich durch das Turnier nichts geändert hat.

Hinzu kommt, dass der diplomatische Streit um das Schicksal der inhaftierten Oppositionsführerin Julia Timoschenko das Klima zwischen Deutschland und der Ukraine belastet hat. Bundespräsident Joachim Gauck löste mit seiner Ankündigung, nicht zu Spielen in der Ukraine zu reisen, eine europaweite Welle von Nachahmern aus und verärgerte damit die Regierung in Kiew. In deutschen Wirtschafts-

kreisen kursiert ein Satz von Ministerpräsident Mykola Asarow, der gesagt haben soll, man wolle sich deutsche Firmen künftig ganz genau anschauen.

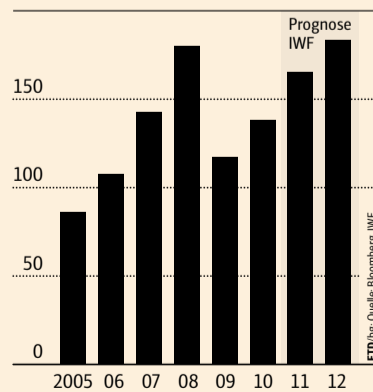
Henniger glaubt nicht, dass der Streit um Timoschenko Auswirkungen auf die strategischen Entscheidungen deutscher Firmen hat. „Aus meiner Sicht wäre das ein merkwürdiges Signal, wenn ein deutsches Unternehmen aufgrund einer Politikerin, die hinter Gittern sitzt, das Land verlässt“, sagt der Berater. „Dann wäre die Exportnation Deutschland in vielen Ländern nicht mehr vertreten.“

Entscheidender ist, dass eine überbordende Bürokratie und ein intransparentes Steuersystem ohnehin das Interesse an einem Engagement in der Ukraine hemmen. Karin Rau, Delegierte der Deutschen Wirtschaft in Kiew, will sich trotz mehrmaliger Anfrage zu dem Thema gar nicht erst äußern. Das Freihandelsabkommen mit der EU – ein potenzieller Motor für Investitionen – ist zwar abgeschlossen, dürfte aber in naher Zukunft nicht ratifiziert werden. Brüssel hatte bereits erklärt, dass dies kaum denkbar sei, solange Timoschenko im Gefängnis sitzt.

Vor allem aber ist der große Boom, den sich das Land auch von der Europameisterschaft erhofft hatte, ausgeblieben. Weniger Fans als erwartet kamen ins Land, und auch der Werbeeffekt blieb angesichts des vorherigen politischen Streits gering. Nur ein

Gebremstes Wachstum

Bruttoinlandsprodukt Ukraine in Mrd. \$



Fünftel der Investitionen, die für das sportliche Großereignis getätigt wurden, geht auf das Konto privater Investoren. Der Rest sind staatliche Infrastrukturprojekte, die zwar langfristig Nutzen bringen können, aber derzeit vor allem den öffentlichen Haushalt belasten. Während das Wirtschaftswachstum in der ersten Jahreshälfte nur unwesentlich zulegte, stiegen die Staatsausgaben kräftig an. Im Frühjahr 2012 wurden für Sozialausgaben 3,2 Mrd. Euro zusätzlich im Haushalt eingepplant – ohne eine plausible Gegenfinanzierung.

Auch auf die Exporterlöse ist kein Verlass: Angesichts sinkender Preise auf den Weltmärkten kann die ukrainische Kohle- und Stahlindustrie dem Land nicht aus der Klemme helfen. Nun herrscht die Furcht, dass die Regierung einfach die Notenpresse anwirft, um der Flut staatlicher Ausgaben Herr zu werden. „Die Ukraine kann mit einer heftigen und daher unangenehmen Preissteigerung im November und Dezember rechnen“, sagt Pawel Rosenko vom Kiewer Forschungsinstitut Rasumkow.

Der Zeitpunkt ist kein Zufall: Ende Oktober finden in der Ukraine Parlamentswahlen statt, und die Regierungspartei von Präsident Viktor Janukowitsch schwächelt in den Umfragen. Vor der Wahl wird die Führung daher unpopuläre Entwicklungen wie eine erhöhte Inflation oder Preissteigerungen für die Gasversorgung um jeden Preis vermeiden.